

**Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden (VS-Verlag), 2. aktualisierte Auflage, 2010.**

**Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird, Wiesbaden (VS-Verlag) 2010.**

Spätestens seit der Debatte um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ (Deutsche Verlags-Anstalt, 2010) ist klar, dass Islamfeindlichkeit in der politischen wie gesellschaftlichen Mitte Deutschlands angekommen ist. Diese Erkenntnis zeichnet sich auch in der neuesten „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (veröffentlicht im März 2011) ab. Als jüngste einer ganzen Reihe empirischer Studien zum Thema kommt sie zu dem Ergebnis, dass „islamfeindliche Aussagen“ in Deutschland deutlich zugenumommen haben und Menschen ihre Ressentiments gegenüber dem Islam sehr viel ungehemmter äußern. Nicht zuletzt die „Kopftuchdebatte“ in Deutschland sowie in vielen anderen europäischen Ländern steht paradigmatisch für die Schwierigkeiten, die Europa mit dem Islam bzw. den hier ansässigen Muslimen und Musliminnen hat.

Das Gesamtkonzept des von Thorsten Gerald Schneiders herausgegebenen zweibändigen Werkes „Islamfeindlichkeit versus Islamverherrlichung“ umfasst insgesamt 57 Beiträge aus zwölf Wissenschaftsdisziplinen und wurde am Centrum für Religiöse Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster entwickelt. Die Idee für das Buchprojekt entstand unter dem Eindruck, dass „der Umgang mit Muslimen in einigen Teilen der deutschen Bevölkerung derzeit wieder stark rassistische und menschenfeindliche Züge angenommen hat“ (Einleitung Band 1, S. 14). Ziel des ersten Bandes ist es, diese (islamfeindlichen) „Strömungen“ wissenschaftlich zu erfassen und zu dokumentieren. Am anderen Ende der polemisch vorgebrachten „Islamkritik“ steht für Schneiders das Abriegeln der Vorwürfe von muslimischer Seite. Es reiche nicht aus, vorhandene Kritik mit dem Verweis auf die Feindseligkeit gegenüber Islam und Muslimen oder aber mit dem Hinweis, dies habe mit dem „wahren Islam“ nichts zu tun, abzutun.

Ebensowenig könne es darum gehen, „die islamische Theologie und Geschichte zu verherrlichen“ (Band 2, S. 9-11). Der zweite Band versteht sich schließlich als ein Plädoyer für einen flexiblen Umgang mit islamischen Konzepten angesichts sich stetig verändernder Rahmenbedingungen.

Die Beiträge im ersten Band nähern sich ihrem Gegenstand aus verschiedenen Blickwinkeln an. Die Ansätze reichen von historischen und theologischen über empirisch-sozialwissenschaftliche bis zu Medienanalysen. Thomas Naumann unterstreicht in seinem Aufsatz über das „Feindbild Islam“ die historische Tiefendimension des problematischen Verhältnisses der Europäer zum Islam, die seiner Auffassung nach unbewusst unsere Wahrnehmung steuert. In einem geschichtlichen Abriss zeigt der Autor, dass der Islam in seinen religiösen und politischen Ausformungen stets als Gegenbild zur eigenen Identität konstruiert wurde, wenn auch über die Jahrhunderte in unterschiedlicher Form. Von den „Türken vor Wien“ (siehe den Beitrag von Almut Höfert in dem Band) im 16. Jahrhundert bis zur iranischen Revolution 1979 hat sich die Formel der gewaltsamen Verbreitung des Islam mit „Schwert und Koran“ in das kollektive Unterbewusstsein Europas eingeprägt.

Mit der Bemerkung, der Islam habe im Westen seit 1400 Jahren eine schlechte Presse, fasst Kai Hafez das Thema Islam in den Medien knapp zusammen (S. 101). Es lassen sich viele Strukturmerkmale der westlichen Medienberichterstattung nachweisen, die darauf schließen lassen, dass eine selektive Wahrnehmung negativer Ereignisse und Entwicklungen vorherrscht – ein typisches Merkmal eines Feindbildes also. Allerdings, so gibt Hafez zu bedenken, sind hier keine einfachen Kausalitäten am Werk. Denn in der „Wissensgesellschaft“ stellen die Massenmedien nur eine Komponente unter vielen dar. Vor allem das Internet birgt sowohl ein Potenzial für differenzierte Gegenöffentlichkeiten als auch ein Forum für extreme „Islamophobie“. So begibt sich Sabine Schiffer in ihrem Beitrag auf die Spuren der islamfeindlichen Bloggerszene in Deutschland. Eine erste Auswahl von deutschsprachigen sogenannten „islamkritischen Webseiten“ umfasst volle zweieinhalb Buchseiten

(S. 355-57). Exemplarisch unterzieht die Autorin die beiden populären Webseiten „Politically Incorrect“ ([pi-news.net](http://pi-news.net)) und „Akte Islam“ ([akte-islam.de](http://akte-islam.de)) einer sprachwissenschaftlichen Analyse. Beide Seiten zeigen exemplarisch, wie durch die selektive Übernahme gemeldeter Fakten, kombiniert mit dem Stilmittel der Übertreibung sowie der Ironie eine Realität konstruiert wird, die nur noch wenig mit den tatsächlichen Fakten zu tun hat. Statt Ereignisse aus ihrem situativen Kontext heraus zu erklären, wird konstant auf die Religionszugehörigkeit von Tätern (Muslimen bzw. „Musel“ im PI-Sprachgebrauch) verwiesen. Hier zeigt sich in der Tat eine Parallele zum Antisemitismus des 19. Jahrhunderts.

Dieter Oberndörfer und Mario Peucker (ebenso wie Jürgen Leibold und Heiner Bielefeldt) setzen das Phänomen der Islamfeindlichkeit jeweils in den Kontext von Einwanderungsgesellschaft und Integrationsdebatte. Einen Grund für die Schwierigkeiten der Deutschen mit dem Thema Migration bzw. dem Islam sieht Oberndörfer in der „Sehnsucht nach religiöser und kultureller Homogenität“, die im De-facto-Einwanderungsland Deutschland nach wie vor virulent ist. Es ist dieser „intolerante“ Wunsch nach Homogenität, der sich sowohl in der so genannten „Leitkulturdebatte“ wie auch in der Integrationsdebatte niederschlägt: Integration meint in Deutschland meist Assimilation, das Unsichtbarwerden der Zugewanderten in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Dies ist eine, wie der Autor meint, nicht einzulösende Forderung, die zwangsläufig negative Einstellungen gegenüber Einwanderern auf der einen und Abschottung auf der anderen Seite nach sich ziehen wird. Stattdessen habe reale soziale wie politische Integration längst stattgefunden (S. 144). Mario Peucker weist auf die konzeptionelle Notwendigkeit hin, zwischen religiöser Diskriminierung von Muslimen/innen im engeren Sinne und ethnischer Diskriminierung im weiteren Sinne zu unterscheiden. Während „Islamfeindlichkeit“ als „negativ-stereotype Haltung gegenüber dem Islam“ sich methodisch relativ einfach ermitteln lässt, z.B. durch Festlegung von Frage-Items, die islamfeindliche Haltungen adäquat abbilden, lässt sich die Diskriminierung von Muslimen/innen nur schwer fassen. Empirischen Studi-

en sowie qualitative Interviews zeigen jedoch deutlich, dass Diskriminierung von muslimischen Migranten/innen ein reales Problem darstellt.

Eine wichtige Stellung in den Debatten um „den“ Islam nehmen prominente oder durch ihre „Islamkritik“ prominent gewordene Einzelpersonen ein. Vor allem Autorinnen wie Necla Kelek oder Seyran Ateş spielen als „Kronzeuginnen“ der „Islamdebatte“ eine entscheidende Rolle bei der Entschuldung des Diskurses von Rassismusvorwürfen. In der niederländischen Debatte nimmt Ayan Hirsi Ali diese Position ein. Alle drei haben eine doppelte Glaubwürdigkeit, als Migrantinnen und als Frauen, wenn sie über den „gewaltträchtigen Charakter ‚des‘ Islam und seine generelle Tendenz zur Unterdrückung von Frauen“ sprechen (S. 433). Birgit Rommelspacher untersucht in ihrem Beitrag die Hintergründe, Erklärungsmuster und unterschiedlichen Motivlagen, die solchen Aussagen zugrunde liegen, sowie deren Realitätsgehalt. Zum einen kritisiert die Autorin die einseitige Fokussierung auf „den“ Islam bei der Erklärung komplexer sozialer Phänomene, wie z.B. Gewalt. So erleben türkische Frauen in Deutschland in der Tat deutlich häufiger Gewalt in den Familien als deutsche. Damit ist jedoch noch nichts über die Ursachen gesagt: Ein Blick in die Gewaltforschung zeigt, dass „soziale Isolation und die Abhängigkeit vom Ehepartner das größte Risiko für Gewaltanwendung ist“ (S. 436). Das korrespondiert in der Tat mit der Lebenssituation türkischer Frauen, die in der Regel über weniger Bildung und ein sehr viel geringeres Einkommen verfügen als deutsche Frauen und seltener berufstätig sind. Die Autorin plädiert dafür, sowohl die Debatte als auch ihre Protagonisten/innen in ihrem jeweiligen sozialen, politischen und ökonomischen sowie biographischen Kontext zu sehen.

Einen kurzen aber feinen Beitrag zur Thematik des „Interkulturellen Dialogs“ liefert Navid Kermani. Der Autor beklagt, dass es „kaum eine öffentliche Veranstaltung zum Islam [gibt], bei der nicht die deutschen Dialogpartner und, wenn nicht sie, dann zwei, drei Zuhörer aufspringen und den muslimischen Rednern aggressive Verse aus dem Koran entgegenhalten“. Ein solcher Vers, der im Dialog mit Muslimen selten fehlt,

ist die Sure 2:191 „Und tötet sie (die Heiden), wo immer ihr sie findet“ (S. 207). Solche Zitate werden von Muslimen am liebsten mit anderen Zitaten beantwortet, etwa der Sure 5:32 „Wenn man einen Menschen tötet, ist es, als töte man die ganze Menschheit“, die den Humanismus des Islam zu unterstreichen scheint. Kermani nennt dies „Suren-Pingpong“ und konstatiert: „über den Islam erfährt man dabei nichts“ (S. 208). Der Autor schließt mit der Feststellung, dass es zu den Grundannahmen der muslimischen Exegese gehört, dass es eine absolute Interpretation der Quellen nicht geben kann und dass dies „noch niemals so konsequent bestritten wurde“ wie heute: von muslimischen Fundamentalisten und westlichen Experten. Was der Islam ist, „wird in Istanbul und Kairo – trotz zunehmender Religiosität – ungleich integrativer, durchlässiger verstanden als im deutschen Dialog mit dem Islam – noch jedenfalls“ (S. 213).

Der Versuch des Herausgebers einen „Blick über den Tellerrand“ zu werfen, ist lobenswert. Der Anlass ist gegeben. Auch wenn die vielen unterschiedlichen Beiträge eher nebeneinander stehen als miteinander korrespondieren – was dem Konzept der Inter- statt der Transdisziplinarität geschuldet ist –, wird dem Leser/der Leserin deutlich, dass es sich um vielschichtige und komplexe Themenfelder handelt. Obwohl die vom Herausgeber intendierte „Versachlichung“ des Phänomens der „Islamfeindlichkeit“ letztlich nicht gelingt, so ist es doch hilfreich, die verschiedenen Facetten der Debatte um „den“ Islam näher zu beleuchten. Das ist eine Stärke des Werks.

Ein grundlegendes Problem der Konzeption der Doppelbände ist jedoch, dass beide Phänomene – das der „Islamfeindlichkeit“ sowie das der „Islamverherrlichung“ auf eine Ebene gehoben werden, quasi als zwei Seiten einer Münze. Dagegen ist zu fragen, ob die vom Herausgeber konstatierte „reflexhafte Ablehnung“ jeglicher Kritik von muslimischer Seite nicht vielmehr einem subjektiven Gefühl der Bedrohung und Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft geschuldet ist, was sich durch empirische Untersuchungen durchaus auch „objektiv“ bestätigen lässt (siehe Rommelspacher und Peucker). Beiden Phänomenen, so die Logik, ist durch „Vernunft“ und „Versachlichung“ beizu-

kommen. Hier zeigt sich die Hauptmalaise des Konzepts: Machtverhältnisse bleiben grundsätzlich ausgeblendet. So kann Schneiders das Phänomen der gegenwärtigen „Islamfeindlichkeit“, die sich in der sogenannten „Islamdebatte“ ausdrückt, auch theoretisch nicht als das fassen, was es ist, nämlich als „neuen“ *Rassismus*, der im Gewand der „Islamkritik“ daherkommt, sich in Wirklichkeit aber konkret gegen muslimische Migranten/innen und deren Nachkommen richtet. Schneiders geht es dagegen darum, eine grundsätzlich legitime, ja notwendige Debatte „von ihrem Ballast zu befreien“, indem man „unberechtigte von berechtigter Kritik“ trennt, kurz: um eine „Versachlichung der öffentlichen Diskussion“, die durch den „Einzug der Vernunft in die Auseinandersetzung um die Religion des Islam in Deutschland“ gewährleistet werden soll (Einleitung Band 1, S. 14). Dazu ist zunächst anzumerken, dass sich Rassismus nicht „versachlichen“ lässt. Das trifft auf den Neo-Rassismus, der die „Kultur“ anstelle der „Rasse“ setzt ebenso zu wie auf den klassisch biologistischen Rassismus (siehe Etienne Balibar 1990). Tatsächlich geht es um Rechte und der „Kulturmampf“ erweist sich als Kampf um Partizipationschancen in der Gesellschaft (Rommelspacher, S. 451). Auch der Begriff der „Vernunft“, der eng mit dem Begriff der Aufklärung korrespondiert, wird so nicht in seiner Ambivalenz und als Teil der Dichotomie vom „aufgeklärten Abendland“ und dem „zurückgebliebenen Orient“ wahrgenommen. Dabei verweisen mehrere Beiträge in dem Band explizit auf diesen Doppelcharakter der Aufklärung, indem sie für eine Neuinterpretation des Begriffs als unabgeschlossenes Projekt plädieren (siehe vor allem Bielefeldt, auch Hippler).

Das Leitmotiv „vernünftige Islamkritik“ unterstellt weiterhin eine (imaginäre) „muslimische Gemeinschaft“, die sich in erster Linie über Religion identifiziert. Migranten/innen werden auf eine wesentlich andere Identität als Muslime festgelegt, nicht-religiöse Muslime kommen nicht vor. Entgegen der erklärten Intention zu differenzieren, handelt es sich hierbei letztlich um einen altbekannten Mechanismus, den Edward Said in seiner bahnbrechenden Studie im Konzept des „Orientalismus“ gefasst hat: „Islam is Islam, it has no history, no

class, no politics...“. Ein weiteres zentrales Problem liegt in der fehlenden Begriffsbestimmung. Durch den Begriff der „Islamfeindlichkeit“ versucht das Herausgeberteam den belasteten Begriff der „Islamophobie“, der sich aber international durchgesetzt hat, zu vermeiden, handelt sich dadurch aber andere Probleme ein (siehe Peucker). So wird z.B. bis zuletzt nicht deutlich, um welche Debatte es Schneiders eigentlich geht. Die verschiedenen Beiträge sowie Teile der Einleitung legen nahe, dass der eigentliche Untersuchungsgegenstand zumindest des ersten Bandes die gegenwärtige „Islamdebatte“ ist. Diese aber bewegt sich in einem *konkreten* zeitlichen, geografischen und gesellschaftlichen Kontext. Birgit Rommelspacher weist in ihrem Beitrag zu Recht darauf hin, dass die gegenwärtigen erhitzen Debatten um die Rolle „des“ Islam in Deutschland in eine Zeit fallen, in der sich die Einwanderung gewandelt hat (Rommelspacher, S. 451, siehe auch Leibold, Oberndörfer, Bielefeldt). Exemplarisch hierfür steht das Kopftuch der „türkischen Putzfrau“, das als Kopfbedeckung der „Gastarbeiterin“ kein Problem darstellte während das Kopftuch der türkischen Lehrerin heute Gegenstand einer öffentlichen Debatte und schließlich eines gesetzlichen Verbots (in Schulen und im öffentlichen Dienst) ist. Statt eine direkte Linie von den Kreuzzügen zur aktuellen Islamdebatte zu ziehen, hätte der Herausgeber besser daran getan, eine Genealogie der jüngsten Debatte bis zu ihren Anfängen in den späten 1980er Jahren nachzuzeichnen (etwa zu Samuel Huntingtons „Clash of Civilizations“). Denn der historischen Islamfeindlichkeit wie z.B. der christlich begründeten, lag eine andere Motivlage zugrunde als dem aktuellen antimuslimischen Rassismus wie er derzeit in der Rechten bis weit in die gesellschaftliche Mitte verbreitet ist. Trotz des Hinweises auf eine „neue europäische Islamfeindlichkeit“ (Einleitung Band 1), bleibt der Hauptfokus der Beiträge auf den deutschen Kontext beschränkt. Eine vergleichende Betrachtung mit den Debatten in anderen europäischen Ländern (wie Dänemark, den Niederlanden und Frankreich) wäre sinnvoll gewesen, um Differenzen aber auch Gemeinsamkeiten mit dem deutschen Diskurs aufzuzeigen. Insbesondere im zweiten Band kommt die Problematik der fehlenden Verortung

und Benennung des Untersuchungsgegenstandes zum Tragen: Schneiders geht es darum „Anregungen zu geben, wie sich das (Zusammen)Leben in Deutschland verbessern ließe“ (Einleitung Band 2, S. 9), er möchte Ratschläge geben, „welche theologischen Probleme von Muslimen aufgegriffen werden sollten“ und „wo sich im alltäglichen Verhalten von Muslimen etwas ändern sollte“ (ebd.). Durch diese Konzeption schreibt er sich jedoch nahtlos in das hegemoniale Verständnis von Integration als Bringschuld der zugewanderten Bevölkerung ein. Es bleibt festzuhalten, dass es sich im zweiten Band um eine völlig andere Debatte handelt: nämlich eine theologische. Die Debatte um die Deutung der Schriften findet innerislamisch jedoch schon seit rund 1400 Jahren statt. Die Aushandlungen darum, welche Rolle dem Islam in der Gesellschaft zukommen soll, werden mit weitaus größeren Konsequenzen in anderen Teilen der Welt geführt. Zum Beispiel in Ägypten, wo eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung grade um eine postrevolutionäre gesellschaftliche und politische Ordnung ringt. Eine unvereingenommene „Islamkritik“ kann im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima Deutschlands in dieser Form hingegen nicht stattfinden. Das Fazit muss daher lauten, dass viele der gesellschaftlichen Probleme, die in der Islamdebatte mehr schlecht als recht verhandelt werden, in anderen Debatten besser aufgehoben wären, etwa in der Patriarchatsdebatte, der Nationalismusdebatte, der Sozialdebatte oder der Rassismusdebatte (siehe auch Rommelspacher).

Alles in allem liegt mit dem ersten Band ein wertvoller Beitrag zu einer vertrauten aber wenig durchschauten Debatte, die in der Öffentlichkeit meist „meinungsstark aber ahnungslos“ geführt wird, vor. Beide Bände dürften sowohl für interessierte Laien als auch für Wissenschaftler/innen hilfreich sein und allemal Stoff für eine differenziertere Debatte liefern. Allerdings hätte der Herausgeber besser daran getan, statt mit detailreichen Beiträgen über das „Feindbild Islam“ in vergangenen Jahrhunderten und einer Fülle von Beiträgen, die ihren Gegenstand aufgrund ihrer Kürze oft nur schlaglichtartig beleuchten können, durch eine durchdachtere inhaltliche Strukturierung viele

Wiederholungen und einen gewissen Eklektizismus zu vermeiden.

Barbara Kauffmann

Nicole Janz, *“And no one will keep that light from shining” – Civil Religion after September 11 in Speeches of George W. Bush, Berlin et.al. (LIT Verlag), 2010*

Good social science is often about the critical assessment of widely-held assumptions, subjecting them to systematic inquiry. In this process, asking the right question can be just as crucial as coming up with a good answer. In her significant study “And no one will keep that light from shining”, Nicole Janz challenges the conventional wisdom that George W. Bush’s use of religious references in presidential discourse was out of the ordinary.

In many assessments of George W. Bush and his presidency, his strong personal religious convictions appear to be a popular theme. After all, Bush has continually described himself as an evangelical, born-again Christian. So it is not surprising that much has been made of the significance of his Christian beliefs in his decisions as president. The religious references in his speeches are often cited as evidence that his faith motivated his actions. Janz takes a closer look at Bush’s speeches and places them in a broader context of presidential discourse, comparing them to previous presidents from Abraham Lincoln to Bill Clinton. In her own words, she sets out to answer the questions (p. 2): “To what extent and for what purpose did Bush use elements of civil religion? To what extent did he differ from his predecessors?”

The decision to focus on ‘civil religion’ as an analytical lens is based on a crucial recognition: There is nothing particularly Christian, let alone distinctly born-again or evangelical, in Bush’s public speeches. Rather, any reference to God or the divine have been carefully crafted to keep from alienating people of a different faith. Perhaps most revealing are those rare passages where Bush *does* refer specifically to Christian concepts like Jesus. Even these instances show a deliberate decision to portray Christianity as only one faith among many and remain equally respectful

towards all of them (p. 63). One could add that his efforts after September 11 to not blame Muslims or Islam as a whole for the terrorist attacks are also consistent with this observation.

The second counter-intuitive finding is that Bush's references to faith do not stand out in comparison to those of other presidents. There is a long tradition of using "God" and "the divine" in presidential rhetoric. References to the United States as a "blessed nation" and a "shining city upon a hill" are the rule, not the exception. Bush fits right into this tradition.

Janz argues convincingly that the concept of American civil religion, coined by Robert N. Bellah, is the most appropriate framework for interpreting this type of presidential discourse. She defines American civil religion as a set of values shared by the majority of Americans (p. 20). These values contain both facts and myths about the origins of the nation. A central notion is that Americans are a chosen people that fulfil God's work on earth. However, the concept of God remains vague; while heavily influenced by the Puritan heritage of the nation's founders, this civil religion is distinct from Christianity.

Since the birth of the American republic, its leaders have drawn on the notion of civil religion to help forge a common identity. As Janz notes, civil religion "strengthened the idea of a common, shared, exceptional experience of the American people." (p. 16) Bellah identifies five central themes of this civil religion: God; an idea of a mission; the public virtue of freedom; sacrifice; and rebirth (p. 11). As Janz shows, all of these elements can be found in Bush's speeches. More notably, Janz, drawing on both the original speeches and secondary literature, establishes that virtually all presidents throughout American history have drawn on these concepts to some extent. Bush's use of religious references is not qualitatively different from that of his predecessors.

While this argument is fairly convincing, there are limits to what we can infer from Janz' analysis. The fact that Bush stuck to the prevalent rules of the political sphere in his official speeches says nothing about his private convictions. Since the book

remains silent on Bush's motivation, it is not likely to change the minds of those convinced of Bush's religious extremism. After all, there is plenty of anecdotal evidence, such as the revelation that the briefings on the progress of the Iraq War were prefaced by quotations from the Old Testament, suggesting that religion played a more crucial role outside the public view. On the other hand, one could argue just as well that the deliberate dissemination of hints about Bush's evangelical convictions was just a clever ploy to appeal to Bush's base within the Christian Right. Political science has never been very adept at looking inside the minds of leaders. The fact that Janz steers clear of such speculation and sticks to the hard evidence is one of her strengths.

In some ways, Janz' study says less about George W. Bush's persona than about American political culture in general. The idea of American civil religion is consistent with the well-established arguments about the prevalence of idealism and exceptionalism in American discourse. Scholars as diverse as the realist Henry Kissinger and the constructivist John Ruggie have argued that foreign policy actions are acceptable to the American public only if they are framed in moral terms. Rationalist arguments based on narrow self-interest are never enough to rally Americans behind policies like military action. If a political decision carries costs for American society, a higher moral purpose must be claimed and preferably derived from the Almighty himself. The fact that President Bush successfully managed to tap into this sentiment when he turned 9/11 into the defining moment of his presidency may be one of the secrets behind his repeated success at the ballot box.

Johannes Thimm

**Toyin Falola/Hetty Ter Haar (Hrsg.), *Narrating war and peace in Africa, Rochester (University of Rochester Press), 2010.***

Die Aufarbeitung von Kriegen und gewaltlosen Konflikten stellt Gesellschaften mittel- und langfristig vor große Herausforderungen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Kriegsursachen wie politischer Machtmissbrauch, Ar-

mut und soziale Ungleichheiten nur unzureichend überwunden werden und nach einem offiziellen Kriegsende unter veränderten Vorzeichen abermals die Strukturen prägen. Diese Rahmenbedingungen beeinflussen die Erinnerungen an Kriege, gleichzeitig wirken sich die im individuellen und kollektiven Gedächtnis verankerten Kriegserinnerungen auf die Bewältigung der Gewalterfahrungen aus. In dieses Spannungsfeld ist der Sammelband „Narrating war and peace in Africa“ einzuordnen.

Den Herausgebern geht es darum, Kriegserfahrungen zeit- und lokalspezifisch zu kontextualisieren; zudem wollen sie die Pluralität von Narrativen über Kriege in Afrika vorstellen. Deshalb kommen sowohl afrikanische Historiker und Kommunikationswissenschaftler – schwerpunktmäßig aus Nigeria und Kenia – als auch US-amerikanische und britische Afrikawissenschaftler zu Wort. Sie argumentieren aus unterschiedlichen disziplinären Zugängen heraus und reflektieren darüber, wie ihre jeweilige Herkunft ihre spezifischen Interessen und Interpretationen beeinflusst. Gemeinsam verfolgen sie das Anliegen, eurozentrische Zerrbilder über Kriege in Afrika aufzudecken und ihnen differenzierte Analysen entgegenzusetzen. So prangern sie vor allem die Berichterstattung an, die seit den 1940er Jahren die dortigen Kriege vor allem als tribale Stammesfehden oder ethnisch motivierte Gewalt darstellt. Der unverblümte oder verdeckte Rassismus, der diesen Projektionen und Stereotypen zugrunde liegt, wird besonders offenkundig, wenn die Komplexität der Kriegsgründe aus einer Binnenperspektive reflektiert und mit nationalen Debatten über Kriegserinnerungen kontrastiert wird.

In insgesamt 13 Kapiteln untersuchen sie keineswegs nur aktuelle Bürgerkriege, sondern berücksichtigen auch anti-koloniale Unabhängigkeitskriege. Dies ermöglicht zeitliche Längsschnitte und gibt der ganzen Auseinandersetzung eine historische Tiefenschärfe. Das Buch ist in insgesamt vier übergeordnete Abschnitte unterteilt. Diese umfassen den bewaffneten Kampf gegen die Kolonialherrschaft, Geschlechteraspekte, narrative Strategien und die Pflicht zur Erinnerung. Die Fallstudien sind geschickt ausgewählt, gleich mehrere Artikel widmen sich

einem bewaffneten Konflikt bzw. Krieg, der so aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden kann. Prominent diskutiert werden etwa der anti-koloniale Mau-Mau-Aufstand während der 1950er Jahre in Kenia und der Biafrakrieg in Nigeria Ende der 1960er Jahre.

So hat die Kommunikationswissenschaftlerin Melissa Tully über 300 Artikel aus der Times und der New York Times ausgewertet, die während der 1950er Jahre über den Mau-Mau-Aufstand in Kenia erschienen sind. Sie analysiert deren Inhalte und deckt die zugrundeliegenden rassistischen Stereotype auf. Zudem ordnet sie die Berichte in die zeithistorischen politischen Interessen Großbritanniens und der USA ein. Während es der britischen Regierung vor allem um den Erhalt ihrer ostafrikanischen Siedlerkolonie ging, galten die Mau-Mau-Kämpfer unter den Vorzeichen des Ost-West-Konflikts aus Sicht der damaligen US-Regierung als kommunistische Terroristen und die gewaltsame Niederschlagung der Aufstände durch britische Kolonialtruppen als gerechtfertigt.

Die kenianische Wissenschaftlerin Pamela Wadende richtet ihren Blick ebenfalls auf den Mau-Mau-Aufstand und interpretiert ihn aus der Sicht der afrikanischen bäuerlichen Bevölkerung, die von den britischen Siedlern vertrieben wurde. Sie stellt die Motive und Erinnerungen kenianischer Befreiungskämpferinnen vor, die weder in Kenia noch in Europa oder in den USA die Beachtung fanden, die ihnen angesichts ihrer historischen Rolle in diesem Konflikt gebührt. Auch gravierende Konfliktlinien zwischen Frauen kommen zur Sprache. So hatten britische Siedlerfrauen eine Frauenorganisation gegründet, die gezielt Afrikaneinnen anwarb und ihnen alltagspraktische Verbesserungen offerierte, um sie vom Kampf abzuhalten. Die erste unabhängige Regierung Kenias übernahm diese Frauenorganisation und baute sie zu einem nationalen und regimetreuen Dachverband aus. Zudem verbannte sie die aktive Mitwirkung von Frauen am Mau-Mau-Aufstand aus dem kollektiven Gedächtnis. Stattdessen wurde er auf einen männlichen Heroenkult reduziert und so koloniale bzw. vorkoloniale Geschlechterstereotypen unter neuen Vorzeichen perpetuiert. Die Autorin zeigt, wie sich Geschlechterkonflikte durch

die nachkoloniale Geschichte Kenias zogen und wie geschlechtsspezifische Gewalt bei den Ausschreitungen nach den Wahlen Ende 2007 bzw. Anfang 2008 strategisch eingesetzt wurde. Sie stellt Erinnerungen junger Frauen an die gewaltsamen Ausschreitungen vor und berichtet über Frauenorganisationen, die der Anwendung geschlechtsspezifischer Gewalt als Machtmittel im Alltag und im politischen Leben Einhalt gebieten wollen.

Der gesellschaftlichen und kulturellen Aufarbeitung des Biafra-Krieges in Nigeria widmen sich mehrere Autoren dieses Sammelbands, wobei sie die Gewaltakte gegen Zivilisten in die politisch motivierten Gewaltstrukturen vor und nach dem Krieg einordnen. Auch geschlechtsspezifische Gewalt als Kriegstaktik findet Beachtung. Im Mittelpunkt des Beitrags von Kayode Omoniyi Ogunfolabi stehen ausgewählte Kurzgeschichten und Romane des nigerianischen Schriftstellers Ben Okri, während Michael Sharp Gedichte von John Pepper Clark-Bekederemo analysiert. Deutlich wird, dass die nigerianische Literatur sehr stark die mittel- und langfristigen Traumatisierungen, die die Menschen durch kriegerische Gewalt erfahren haben, thematisiert. Demnach bietet Okris Interpretation des Biafra-Krieges einen wichtigen Diskussionsimpuls, zumal er die politische Instrumentalisierung und gewaltsame Aufladung von Ethnizität und Lokalsprachen im Biafra-Krieg anprangert. Pepper Clark-Bekederemo verurteilt den Krieg ganz grundsätzlich, mit einer starken Bildersprache bringt er in seinen Gedichten die Qualen der zahllosen Kriegsopfer und die Verrohung der Menschen durch den Krieg zum Ausdruck. Bei ihm paart sich Bitterkeit über den Verlust von Freunden mit der Kritik an Schriftstellern, die den Krieg befürworteten. Sein Verlangen nach gewaltfreien Konfliktlösungen durchzieht sein Werk auch nach dem offiziellen Kriegsende. Darüber hinaus schreibt er über die folgenschweren sozialen und infrastrukturellen kriegsbedingten Zerstörungen, aus denen die Politiker seiner Meinung nach nichts gelernt hätten.

Gerade weil dieser Sammelband kulturelle Erinnerungsformen als Bestandteil kollektiver Kriegserinnerungen versteht und mit politischen Kontexten verbunden ist, ist er für die Politikwissenschaft

liche Friedens- und Konfliktforschung von Interesse. Alle Beiträge illustrieren, dass Kriege keineswegs mit einem offiziellen Waffenstillstand enden, sondern in den betroffenen Gesellschaften noch Jahrzehntelang auf allen Ebenen nachwirken.

Rita Schäfer

**Annegret Bendiek/Heinz Kramer (Hrsg.),  
Globale Außenpolitik der Europäischen Union: Interregionale Beziehungen und „strategische Partnerschaften“, Baden-Baden (Nomos), 2009.**

Die im Sammelband enthaltenen Beiträge gehen auf eine Konferenz zurück, die die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zusammen mit dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI) im Mai 2007 veranstaltete und die die Qualität der Europäischen Union als ordnungspolitischem Akteur zum Thema hatte. Der Band beleuchtet die interregionalen Beziehungen der EU zu Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten, Nordafrika und Ostasien ebenso wie die strategischen Partnerschaften mit Indien, Japan, China, Kanada und Brasilien. Dabei wird der Anspruch der EU, weltpolitische Verantwortung zu übernehmen und sich angesichts der sich verändernden internationalen Kräftekonstellation zu positionieren, in den Beiträgen immer wieder aufgegriffen. Besonderes Gewicht wird im Fazit zudem auf das außenpolitische Selbstverständnis der EU zwischen Zivil- und Hegemonialmacht sowie auf Perspektiven für die Forschung in Hinblick auf die diesbezügliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit gelegt. Die erläuterten Beziehungen und Partnerschaften bleiben dabei von aktueller Bedeutung.

Dirk Nabers etwa charakterisiert die Beziehungen der EU zu Japan als problem- und substanzlos, was sich beispielsweise auch auf dem EU-Japan-Symposium im Februar sowie auf dem EU-Japan-Gipfel im April 2010 widerspiegeln. Der Politikwissenschaftler beleuchtet die Hintergründe und zeigt auf, welches ungenutzte Potenzial in den Beziehungen zu Japan steckt. Denn trotz der wirtschaftlichen und geostrategischen Bedeutung der bis vor kurzem „zweitgrößten Weltwirtschaft“ und „größten und stabilsten Demokratie Ostasiens“, die

global, regional, subregional und bilateral eine äußerst aktive Außenpolitik betreibt, ist weder für Tokio die Zusammenarbeit mit der EU vorrangig noch stellt Japan eine Priorität für Brüssel dar. Auch wenn Nabers Analyse der Ursachen für diese auf Gegenseitigkeit beruhende Nachrangigkeit ein wenig zu Deutschland-lastig daherkommt und es für den informierten Leser wünschenswerter gewesen wäre, auf ein bis zwei Themen detaillierter einzugehen, bringt der Abriss der Geschichte der europäisch-japanischen Kooperationsbeziehungen die Probleme auf den Punkt: Trotz zahlreicher Übereinstimmungen beider Akteure, insbesondere hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, erweisen sich deren unterschiedliche Kooperationskulturen, Zerrbilder auf Seiten der EU im Hinblick auf die Kräfteverhältnisse in Asien sowie Japans kontinuierliche Orientierung auf die USA als kontraproduktiv für die Beziehungen.

Sven Grimms kritische Auseinandersetzung mit der Afrika-Politik der Union bietet eine substanziale Grundlage für die Analyse des weit hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Afrika-EU-Gipfels im November 2010. Der Afrikaexperte erläutert die Hintergründe, Herausforderungen und Ziele der EU-Afrika-Beziehungen fundiert und prägnant. Er macht deutlich, welche Großstrategien das Handeln der europäischen Mitgliedstaaten bestimmen und geht auf die jeweiligen Entwicklungen, Implikationen und Schwierigkeiten ein, die durch das Nebeneinander von Cotonou-Abkommen und Gemeinsamer Afrika-EU-Strategie entstehen. Er untersucht die Chancen der Förderung von guter Regierungsführung durch den African Peer Review Mechanism (APRM) sowie die Möglichkeiten, Sicherheit und Frieden durch die Förderung der afrikanischen Sicherheitsarchitektur zu stärken. Hier konzentriert er sich besonders auf die sogenannte Friedensfazilität. Schließlich zeichnet er die Verhandlungen zu den Economic Partnership Agreements (EPA) nach und macht deren Komplexität sichtbar.

Grimm zeigt die Schwachstellen der EU-Afrika-Beziehungen auf und nimmt dabei insbesondere die Eignung von EU-Instrumenten ins Visier, die zur Erreichung der vereinbarten Ziele beitragen sollen. Auch der europäische Entwicklungsfonds steht

bei ihm auf dem Prüfstand. Die Rolle und der Einfluss von Partikularinteressen einzelner EU-Mitgliedstaaten, die den afrikanischen Kontinent nicht zuletzt wegen (energie-)sicherheitspolitischer Überlegungen „wiederentdeckt“ haben, wird ebenso kritisch reflektiert. Leider kommt die Diskussion der Interessen und Motive der afrikanischen Staaten etwas zu kurz. Auch die Frage, warum die institutionellen Kapazitäten der afrikanischen Regionalorganisationen und der Afrikanischen Union (AU) weiterhin defizitär sind, bleibt unbeantwortet. Allerdings, und das ist positiv hervorzuheben, geht Grimm auf die Rolle der Ankerländer Nigeria und Südafrika ein. Insgesamt vermittelt Grimm die Facetten, die die Komplexität der europäischen Afrika-Politik mit dem Ziel eines regional übergreifenden, auf lokale Gegebenheiten und Veränderungen aber flexibel reagierenden Politikansatzes mit sich bringt, pointiert und verständlich.

Festzuhalten bleibt noch, dass der Großteil der in diesem Sammelband vorgenommenen Analysen auch nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Gültigkeit besitzt. Zwar ist die EU gerade im Begriff, ihre Außenpolitik durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) neu zu definieren und damit gleichzeitig auch das Kohärenzproblem in Angriff zu nehmen, doch die Mühlen in Brüssel mahlen bekanntlich langsam, sodass die im Sammelband erörterten Interessen der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung und Ausrichtung der EU-Außenpolitik nach wie vor von zentraler Bedeutung sein werden.

Simone Görtz

**Arlette Rassel, Strafgerichtsbarkeit über Angehörige der Friedenstruppen in UN-geführten Missionen unter besonderer Berücksichtigung von Sexualstraftaten, Frankfurt am Main (Peter Lang), 2010.**

Die Herausforderungen einer globalisierten Welt mit grenzüberschreitenden, nicht mehr an Staatlichkeit gebundenen Gefahren und Risiken haben ein neues Verständnis von Sicherheit und einen gewandelten Sicherheitsbegriff einschließlich eines neuen Umgangs mit solchen Unsicherheiten zur Folge. Auch die Vereinten Nationen (VN) versuchen, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen

und ihre Friedensmissionen an die neuen Erfordernisse anzupassen, wobei die Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten nach wie vor eine Kernaufgabe darstellt. Aufgrund der Tatsache, dass heute anstelle von zwischenstaatlichen vermehrt innerstaatliche Konflikte auftreten, bei denen keine staatlichen Autoritäten mehr als Partner der VN zu Verfügung stehen, sind die Missionen verstärkt auf die Zusammenarbeit mit und die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung angewiesen.

Um diese Akzeptanz und damit auch allgemeine Legitimation von VN-Friedensmissionen herzustellen, ist ein korrektes Verhalten der Blauhelmsoldaten in den Einsatzgebieten unerlässlich, wie Rassel zu Beginn ihres Buches feststellt. Straftaten, die von Angehörigen von Friedenstruppen während eines Einsatzes verübt werden, könnten, so die Autorin, nicht nur grundlegend das Vertrauen der Bevölkerung im Einsatzgebiet, sondern auch das Mandat einer Mission insgesamt gefährden. Tatsächlich häufen sich von Blauhelmen verübte Straftaten, was von den VN als Folge gesteigerter physischer und psychischer Anforderungen an das Missionspersonal, aber auch als Folge der Zustände in den Aufenthaltsstaaten – hier herrschen oftmals große Armut und Elend – gesehen wird. Außerdem trafen, so Rassel, die Soldaten auf eine Bevölkerung, die durch Kriegswirren an Gewalt und rechtsfreie Räume gewöhnt, und auf Gesellschaften, in denen Kriminalität zur Normalität geworden sei.

Von dieser Bestandsaufnahme ausgehend, beschäftigt sich Rassel mit der Frage nach der Strafverfolgung von Angehörigen von Friedenstruppen in VN-geführten Missionen, wobei ihr besonderes Augenmerk auf Sexualdelikten liegt. Im Mittelpunkt ihrer Analyse stehen die Untersuchung der Jurisdiktionsgewalt und der Immunität nach allgemeinen völkerrechtlichen und missionsspezifischen Regeln sowie deren gewohnheitsrechtliche Geltung.

Der juristischen Untersuchung stellt Rassel terminologische Erläuterungen sowie die Darstellung der Entwicklung der VN-Friedensmissionen voran, wobei die Autorin dem klassischen „Vier-Generationen-Modell“ folgt, um darauf aufbauend Rückschlüsse über die Gerichtsbarkeit über Angehörige von VN-Truppen

ziehen zu können. Ein solches Vorgehen scheint gerechtfertigt, allerdings wirkt dieser theoretische Unterbau zu umfangreich, bezieht er sich doch vor allem auf die historische Entwicklung der Friedensmissionen, auf die im weiteren Verlauf nicht mehr eingegangen wird. Im Gegensatz dazu geht die Erläuterung zur Differenzierung zwischen VN-*mandatier-ten* und VN-*geföhrt-en* Missionen, die in diesen historischen Rückblick eingebettet ist, fast in ihrer Bedeutung unter.

Die Anwendung, Durchführung sowie die Ergebnisse bisheriger Strafverfahren beurteilt die Autorin sehr kritisch. Während vereinzelte Staaten (bspw. Kanada) musterhafte Aufklärung durchgeführt haben, seien andere sehr leichtfertig mit der Thematik umgegangen. Allerdings handelt es sich bei den Ländern, die die Autorin in ihrem Beispielkatalog aufführt (etwa die USA, Kanada und Deutschland), vorrangig um westliche Staaten mit etablierten Rechtssystemen und auch nicht zwangsläufig um die Haupttruppensteller von VN-Friedensmissionen. Die Aussagekraft dieser Beispiele im Hinblick auf die übergeordnete Frage darf demnach angezweifelt werden. Jedoch sollte dieser Kritikpunkt der Autorin nicht zu schwer angelastet werden, da sie selbst darauf verweist, wie schwierig der Zugang zu entsprechenden Dokumenten ist. Ihr Ergebnis für diese westlichen Staatengruppe fällt nicht positiv aus: Es wird zwar deutlich, dass die Strafverfahren meist von dem Entsendestaat durchgeführt werden (als einziges Gegenbeispiel nennt die Autorin einen Fall in Israel). Diese zeigen aber insgesamt wenig Interesse an der Strafverfolgung. Wird diese ausgeübt, dann fallen die Urteile in der Regel sehr milde aus, was die Autorin in ihrer Untersuchung empirisch belegt.

Wer übt die Strafgerichtsbarkeit über Angehörige von VN-Truppen überhaupt aus? Rassel problematisiert hier die Verantwortung dreier Akteure: Dem Aufenthaltsstaat kommt aufgrund des Territorialprinzips als Teil der staatlichen Souveränität eine Gerichtsbarkeit über die in seinem Land stationierten Truppen zu. Der Entsendestaat ist wegen des Personalprinzips, nach dem er die Gerichtsbarkeit über Staatsangehörige auch im Ausland behält, ebenfalls zur Gerichtsbarkeit berechtigt. Relativiert wird dieser Interessenskonflikt durch die

Frage der Immunität. Sehr ausführlich stellt Rassel die Träger der Immunität in verschiedenen denkbaren Konstellationen von Friedenseinsätzen dar, in denen auch die Frage nach dem Völker gewohnheitsrecht aufgeworfen wird. Bei dessen Anwendung erkennt die Autorin jedoch keine einheitliche völkerrechtliche Praxis. Als drittes völkerrechtliches Subjekt mit Anspruch auf die Strafgerichtsbarkeit tritt die VN hinzu. Streitkräfte, die im Namen einer internationalen Organisation aufgestellt werden, unterliegen der sogenannten Organleihe. Die Gerichtsbarkeit, die den VN im Rahmen der Organleihe zukommt, begrenzt sich auf Handlungen der Friedenstruppen zur Erfüllung der in der Resolution benannten Aufgaben.

Somit stehen, so die Schlussfolgerung Rassels, drei Völkerrechtssubjekte, die alle eine Strafgerichtsbarkeit ableiten können, in Konkurrenz zueinander. Hinzu kommt das nicht minder große Problem, dass die VN derzeit über keinen strafrechtlichen Gerichtsapparat verfügen, der für die Umsetzung ihrer Gerichtsbarkeit geeignet wäre. Rassel erläutert, warum der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag sowie die Straftribunale der VN nicht als strafrechtlicher Gerichtsapparat für die untersuchten Fälle in Frage kommen können. Angehörige von VN-Friedenstruppen unterliegen zwar grundsätzlich der Strafgerichtsbarkeit des ICC. Dem Tatbestand nach fallen besondere Sexualstraftaten unter Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Da es aber meist Einzeltaten sind, die nicht einem großen systematischen Angriff gegen die Zivilbevölkerung zugeordnet werden, liegen diese Fälle nicht in dessen Zuständigkeit. Lediglich der Sicherheitsrat ist befugt, dem ICC Fälle zur strafrechtlichen Bewertung zuzuweisen. Über die internationalen Strafgerichtshöfe im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda könnte die VN prinzipiell ihre Strafgerichtsbarkeit über Angehörige der Friedenstruppen ausüben, allerdings nur bei zeitlicher und räumlicher Zuständigkeit. Das in der Literatur oftmals vorgeschlagene zeitlich und räumlich unbegrenzte Straftribunal für Angehörige von Friedenstruppen ist nach Meinung Rassels nicht durch Kapitel VII der VN-Charta gedeckt. Dennoch wäre dieses nach dem Grundsatz der Natur der Sache aufgrund der Eingliederung der Verbände in den

Organisationsverbund rechtlich zulässig, insbesondere um den VN ein gewisses Maß an Unabhängigkeit gegenüber den Entsendestaaten zu ermöglichen.

Der Aufbau des Buches ist sehr detailliert und erfolgt in kleinen, stets aufeinander aufbauenden Schritten. Allein das Inhaltsverzeichnis zieht sich über sieben Seiten, wodurch der Leser bei den zahlreichen Untergliederungspunkten allzu schnell den Überblick verliert. Insbesondere für Nicht-Juristen ist der stark rechtswissenschaftlich geprägte Stil der Autorin schwer nachzu vollziehen. Es wäre wünschenswert gewesen, die eingangs eingenommene politische Perspektive auf das Thema im gesamten Buch beizubehalten oder sie zumindest am Ende noch einmal deutlicher aufzugreifen.

Die Autorin selbst stellt fest, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung des hier bearbeiteten Themas mangels aussagekräftiger Dokumente schnell an ihre Grenzen stößt. Dies offenbart nicht zuletzt den großen Forschungsbedarf auf diesem Gebiet. Eine größere Aufmerksamkeit für dieses „dunkle Kapitel“ der VN-Friedensmissionen ist längst überfällig. Rassels Beitrag könnte und sollte auch die politische Diskussion zu diesem Thema anregen und bietet hierfür zahlreiche Impulse.

Nathalie Bohr

**Florian P. Kühn, Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft – Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2010.**

Der Staatsaufbau in Afghanistan hat mit erheblichen Rückschlägen zu kämpfen; in den Nachrichten hört man nahezu jeden Tag von Unruhen und Anschlägen. Woher die enormen Schwierigkeiten beim Aufbau eines demokratischen Staates kommen, untersucht Florian P. Kühn anhand einer Synthese der Konzepte Sicherheit und Entwicklung. Er vertritt die These, dass der Statebuilding-Ansatz generell von liberaler Ideologie geprägt ist, und die liberale Weltpolitik für die konzeptionellen Schwächen des westlichen Engagements in Afghanistan verantwortlich ist. Der Autor übt nicht nur im Einzelnen Kritik an der liberalen Weltsicht, sondern stellt das gesamte Konzept des

Statebuilding in Frage: Kühn zeigt, dass Staatsaufbau nicht gelingen kann, wenn in der Zielregion völlig gegenläufige Herrschaftsstrukturen bestehen und die Gesellschaft nicht auf einer staatlichen Ordnung, sondern auf vielschichtigen sozialen Beziehungen basiert.

Mit der Kombination von kritischen Ansätzen zur Sicherheitspolitik und aktueller Afghanistanliteratur will Kühns Untersuchung eine wissenschaftliche Lücke füllen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, geht der Autor zunächst in ausführlichen Theoriekapiteln auf die Begriffe Sicherheit und Entwicklung ein, bevor er beide unter dem Gesichtspunkt des liberal geprägten Statebuilding betrachtet. Das in diesem Synthesekapitel entworfene Konzept nutzt Kühn schließlich für seine empirische Untersuchung, indem er die entwickelten Kategorien auf Afghanistan anwendet. Der Staatsaufbau wird in diesem Kapitel besonders unter dem Gesichtspunkt externer Eingriffe in die Region sowie im Hinblick auf die staatsferne Gesellschaftsform detailliert analysiert.

Im Kapitel zur Sicherheitspolitik arbeitet der Autor heraus, dass der Begriff der Sicherheit zumeist staatszentriert verstanden wird und der Staat folglich eine *conditio sine qua non* für die Sicherheit der Bürger darstellt. In Verbindung mit dem Abschnitt zur Entwicklungspolitik wird deutlich, dass das „westliche“ Staatsmodell als die höchste Entwicklungsstufe angesehen wird und aus dieser liberalen Sichtweise heraus zerfallende oder unterentwickelte Staaten als ein Sicherheitsrisiko wahrgenommen werden. Kühn schließt sich dieser Argumentation jedoch nicht an, sondern erläutert stattdessen anhand der Geschichte Afghanistans sowie am Vorgehen bei der Intervention minutiös, warum Statebuilding nach liberalem Vorbild so schwierig ist. Dabei spricht er vom „Staatsaufbau in staatsferner Gegend“ und betitelt die Kapitel mit ironischen Überschriften wie „Alle Menschen sind gleich, manche jedoch nicht“ oder „Alle Staaten sollen sich ihre Regierungsform selbst geben, solange es Demokratie ist“. Schon durch diese Bezeichnungen wird deutlich, dass das westliche Statebuilding die Übertragung der liberalen Schablone auf eine Gesellschaft ist, die wesentlich vielschichtiger strukturiert ist als das Statebuilding-Kon-

zept vertragen kann. Kühn erläutert die Problematik der segmentierten Gesellschaft, die aus verschiedenen religiösen, ethnischen und familiären Netzwerken besteht, die von lokalen Stammeszusammenschlüssen bis hin zu grenzübergreifenden Patronagebeziehungen nach Pakistan reichen. Der von außen „oktroyierte“ Staat steht diesen substaatlichen Herrschaftsstrukturen folglich mit geringer Stabilität gegenüber. Dieses Problem ist kein Novum: Kühn zeigt mit einem Blick in die Geschichte der Region, dass Afghanistan schon immer im Spannungsfeld zwischen interner Herrschaft – die nicht zentral ange siedelt, sondern fragmentiert war – und exogenen Einflüssen gestanden hatte und vom Ausland insbesondere durch Rentenflüsse abhängig war. Zudem weist der Autor mehrfach darauf hin, dass eine Intervention lediglich eine vorübergehende Deckelung oder das Einfrieren eines Konflikts erreichen kann, jedoch keine dauerhafte Lösung bietet. Auch der blühenden Drogenwirtschaft ist mittels Statebuilding zunächst nicht beizukommen, und deren Erträge nützen vor allem den Opiumhändlern und den Taliban, die sich zu einem Großteil über „Steuern“ für den Schutz der Drogentransporte ins Ausland finanzieren. Das bisherige Vorgehen beim Staatsaufbau vergrößerte laut Kühn die Diskrepanz zwischen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung und dem im Aufbau befindlichen politischen System zusätzlich. Der Staat hat mit enormen Legitimationsproblemen zu kämpfen, da die Ausprägung des politischen Systems von vornherein feststand und sich die intervenierenden Staaten bereits auf ein starkes Präsidialsystem mit einem schwachen Parlament geeinigt hatten. Der Autor geht ausdrücklich auf die liberale Weltsicht ein und legt dar, wie diese Festlegung auf ein bestimmtes politisches System im Kern der liberalen Ideologie widerspricht.

Kühn bezeichnet seine Arbeit selbst als eine kritische Betrachtung und sieht sie nicht als Anleitung für eine Problemlösung des Statebuilding in Afghanistan. Dennoch macht er einige Vorschläge, wie der Staatsaufbau nachhaltiger gestaltet werden könnte. Basierend auf seinen Forschungsergebnissen plädiert er für eine Strategie, die auf Minderung der Renten (also Hilfgeldzahlungen, ausländische

Investitionen) und höhere Eigenfinanzierung abzielt, wodurch der Staat eine höhere Legitimation in der eigenen Bevölkerung erfahren würde. Weiter kommt Kühn zu dem Schluss, dass *Securitization* für den weiteren Verlauf des Statebuilding in Afghanistan fatal wäre, und fordert „*Desecuritization*“. Er kritisiert, dass es inzwischen üblich sei, jeden Widerstand gegen die westlichen Eingriffe als Terrorakt der Taliban zu pauschalisieren. Die Wahrnehmung, dass bei einem Truppenrückzug alle staatlichen Institutionen kollabieren und Terroristen die Macht an sich reißen würden, schränke die Handlungsfähigkeit der Geber ein, da aus dieser Angst heraus die Hilfgelder immer weiter fließen und somit Afghanistans Abhängigkeit von externer Finanzierung zementiert wird. Andere Ideen des Autors hingegen wirken teilweise abwegig und isoliert, da sie nicht näher erläutert werden. So schlägt Kühn beispielsweise vor, der Staat solle den Drogenhandel unterstützen, um die Opiumwirtschaft zu integrieren und so von den Erträgen zu profitieren. Derartige Vorschläge hätten genauerer Erklärungen bedurft, um dem Leser ein vollständiges Bild der Situation zu vermitteln. Dennoch erzielt Kühn mit seiner Untersuchung teilweise überraschende Ergebnisse und trifft interessante Schlussfolgerungen, die das westliche Statebuilding in einem anderen Licht darstellen. Durch das Hinterfragen der liberalen Ideologie bereichert er die gegenwärtige Afghanistanliteratur um einen wichtigen neuen Aspekt. Kühns Arbeit baut allerdings auf der Annahme auf, dass ohne staatliche Herrschaft Sicherheit nicht möglich ist. Andere politische Formen, wie die Existenz von „*strongmen*“ oder „*warlords*“, die für Sicherheit der Bevölkerung sorgen könnten, übergeht der Autor völlig. Dennoch wirkt diese staatszentrierte These für die vorliegende Arbeit schlüssig, da Statebuilding nicht betrieben würde, wenn die Staatengemeinschaft nichtstaatliche Systeme als sicher wahrnehmen würden.

Das Buch ist klar strukturiert und folgt einem logischen Aufbau. Jedoch ist die Arbeit zu Beginn stark auf Theorie fixiert: Bevor Kühn die Synthese von Sicherheit und Entwicklung darstellt, geht er minutiös auf die beiden Begriffe ein. Im Vergleich zur eigentlichen Anwendung des Konzepts auf das Beispiel Afghanistan er-

scheint der theoretische Unterbau recht ausführlich. Andererseits kann man dies von einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit wie einer Dissertation auch erwarten. Durch die gleiche Begrifflichkeit im Synthesekapitel sowie im Abschnitt zur empirischen Überprüfung am Beispiel von Afghanistan kann der Leser Kühns Vorgehen gut nachvollziehen und die Entstehung der Analysekategorien verfolgen. So bietet der lesenswerte Band einen erfrischend anderen Blick auf das westliche Engagement in Afghanistan.

Angelika Kretschmer

**Andreas Böss-Ostendorf/Holger Senft: Einführung in die Hochschul-Lehre. Ein Didaktik-Coach, Opladen & Farmington Hills (Verlag Barbara Budrich), 2010.**

„Lehren ist lernbar“ – dies zumindest behaupten Andreas Böss-Ostendorf und Holger Senft in dem hier vorgestellten, im Barbara Budrich-Verlag erschienen Buch „Einführung in die Hochschullehre. Ein Didaktik-Coach“. Die Autoren zeigen auf knapp 300 Seiten Methoden auf und vermitteln Wege, wie das Lehren an Hochschulen erlernt und professionalisiert werden kann. Denn, so die Beobachtung der beiden Autoren, „[d]er Einstieg in die Hochschullehre kommt für die meisten Dozenten ziemlich unerwartet. Sie müssen [...] rasch in eine Rolle schlüpfen, auf die sie nicht richtig vorbereitet wurden.“ (S. 7). Doch für eine erfolgreiche Lehre braucht es etwas mehr als nur einen „gut gefüllten Werkzeugkasten“. Vielmehr müssten (angehende) Dozenten eine eigene hochschuldidaktische Kompetenz entwickeln, mit deren Hilfe die zur Verfügung stehenden Methoden auch in der Lehrpraxis effizient eingesetzt werden können.

Die praktischen Erfahrungen mit Studierenden in Hochschulveranstaltungen konstruktiv für die Herausbildung eigener Lehrkompetenzen zu nutzen – diesen Prozess wollen die Autoren unterstützen. Nicht ohne Grund haben daher Böss-Ostendorf und Senft ihr Buch explizit als praktischen „Didaktik-Coach“ konzipiert. Es bietet eine Vielzahl von praktischen Beispielen aus der Lehrpraxis unterschiedlichster Disziplinen, wodurch es fächer- und hochschulübergreifend anwendbar ist. Ergänzende Fragebögen, Grafiken und Vorschläge zur Anwendung

von Methoden „sollen Anregungen geben, die eigene Lehrpraxis zu reflektieren und zu verändern.“ (S. 9). Auf diese Weise ist ein sehr gelungenes Handbuch entstanden, das sowohl für Dozenten, die noch am Anfang ihrer Lehrtätigkeit stehen, als auch für etablierte Hochschullehrer, „die ihre Lehrpraxis auffrischen möchten und neue Anregungen suchen“, geeignet ist. Eingeflossen ist dabei ihr Fachwissen im Bereich Allgemeine Didaktik und Hochschuldidaktik – beide Autoren verfügen über jahrelange Erfahrungen in der Beratung und im Coaching im Hochschulbereich –, verbunden mit neuesten Erkenntnissen aus der Gehirn- und Gedächtnisforschung, der Erwachsenenbildung und der Kommunikations- und Gruppentheorie.

Böss-Ostendorf und Senft behandeln vier Schwerpunktthemen, entlang derer das Buch aufgebaut ist: 1. die Einheit von Lehren und Lernen; 2. mit dem Thema und den Studierenden in Kontakt kommen, 3. souverän eine Gruppe leiten, und 4. die passenden Methoden finden. Zunächst wird aber in der Einleitung auf die Herausforderungen eingegangen, denen Hochschullehrer und -lehrerinnen heute gegenüberstehen: Angesichts neuer Möglichkeiten des digitalen Wissenserwerbs und der Einführung neuer Studiengänge verliere, so die Autoren, die Hochschule zunehmend ihre Funktion als Stätte der primären Informations- und Wissensvermittlung. Vielmehr gehe es heute darum, die Lehre am Lernprozess der Studierenden und deren Bedürfnissen zu orientieren. Den Lernprozess unterstützen und Studierende zum Lernen bewegen – dies sei heute im Wesentlichen die Aufgabe der Lehre. Bis ein Dozent aber hierzu in der Lage ist, durchläuft er einige typische Entwicklungsphasen – von: „Hauptsache überleben“ bis: „Das braucht ihr, um selbst drauf zu kommen“ (S. 17-19) – die in der Einleitung in aller Kürze und nicht ohne Augenzwinkern und Wiedererkennungswert dargestellt werden.

In diesem Entwicklungsprozess bedarf es also, erstens (Teil 1) der Erkenntnis, dass Lehren und Lernen eine Einheit bilden. Wer Lehren möchte, muss wissen, wie Lernen funktioniert. Hier hilft es enorm, klassische Lernhindernisse zu kennen und über Strategien zu verfügen, diese Hindernisse zu überwinden. Zum Beispiel ist es wichtig zu wissen, dass

jeder nur das lernt, was sie/ihn interessiert. Folglich muss der Dozent Interesse wecken, etwa indem er die Perspektiven verändert, neue Zusammenhänge aufzeigt oder konkreten Nutzen anbietet. Oder: Lernstoff lernt sich schlechter, wenn er keine Struktur hat. Konsequenz: Der Dozent muss Struktur aufzeigen, den „roten Faden“ offenlegen und diesen anhand von Beispielen verdeutlichen. Wichtig, so Böss-Ostendorf und Senft, ist es außerdem, Aha-Erlebnisse zu fördern, Redundanzen einzubauen und die Methoden zu wechseln.

Zweitens muss die Kommunikation stimmen. Zur Verdeutlichung führen die Autoren in Teil 2 das sogenannte „Lehr-Lern-Dreieck“ ein. Dabei handelt es sich um ein Kontakt- und Kommunikationsmodell, das helfen soll, die Balance zwischen Dozent, Student und Thema zu optimieren und auf diese Weise die Lehre effizienter zu gestalten. Erfolgreiche Lehre gelingt nur, so die These der Autoren, wenn alle drei Pole gleichwertig berücksichtigt werden. Drittens (Teil 3) bedarf es eines richtigen Umgangs mit Gruppen. Gruppenarbeit richtig angewandt könne ausgesprochen entlastend sein und müsse nicht, wie vielfach angenommen, in mehr Vorbereitung und Stress münden. Es komme vor allem auf die richtige „Gruppenleitung“ an. Schließlich (Teil 4) muss die Dozentin eine Methodenkompetenz entwickeln. Mit der Auswahl und dem Umgang der passenden Lehrmethoden beschäftigt sich Teil 4 des Buchs. Zwar steht oftmals eine Vielzahl von Methoden zur Verfügung, doch nicht immer eignet sich jede Methode für jedes Setting. Hier ist Fingerspitzengefühl gefragt und vor allem eine ehrliche und strukturierte Reflexion über die eigenen Lehrinhalte und -ziele.

Lehren will tatsächlich gelernt sein – dies führen uns Böss-Ostendorf und Senft in ihrem Buch deutlich vor Augen. Es lohnt sich, mit Hilfe dieses Praxis-Coachs „den kritischen Blick für die eigene Lehrpraxis zu schärfen“ und daran zu arbeiten, „die eigene Lehr-Leistung zu optimieren“ (S. 8).

Regina Heller

**Thomas Jäger/Anna Daun (Hrsg.), Geheimdienste in Europa: Transformation, Kooperation und Kontrolle, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2009.**

Mit der Transformation von Sicherheit als zentralem Ausgangspunkt nimmt sich der vorliegende Sammelband, herausgegeben von Thomas Jäger und Anna Daun, der Rolle von Geheimdiensten in Europa an. Die Herausgeber argumentieren, dass sich die Bedeutung von geheimdienstlicher Tätigkeit und Aufklärung heute auch aufgrund neuer Herausforderungen für Europa verändert hat. Im ersten Teil stellen Experten in jeweils einem Kapitel exemplarisch sechs große europäische Geheimdienste vor und analysieren ihre Rolle und Funktion. Im zweiten Teil des Buches werden Möglichkeiten ländereübergreifender geheimdienstlicher Zusammenarbeit im europäischen Rahmen erörtert. In einem dritten Teil, der wiederum aus vier Einzelbeiträgen besteht, werden zudem Fragen der demokratischen Kontrolle der europäischen Geheimdienste (durch Parlamente und die Exekutiven) aufgeworfen und diskutiert.

Im Folgenden werden exemplarisch drei Artikel aus jeweils einem Teil des Bandes genauer dargestellt. Im ersten Teil beschäftigt sich Anna Daun in ihrem Beitrag mit den deutschen Nachrichtendiensten – dem Bundesnachrichtendienst (BND), dem Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD). Zunächst analysiert sie deren Arbeitsweisen und Befehlsstrukturen. In regelmäßigen Treffen werden Informationen aller Dienste im Kanzleramt zusammengetragen und die aktuelle Sicherheitslage erörtert. Der Verfassungsschutz ist vor allem mit dem Schutz und Bestand des Bundes und der Länder sowie der Grundwerte der deutschen Gesellschaft nach innen betraut. Hinzu treten aber auch Aufgaben der Spionageabwehr. Der föderale Aufbau des Verfassungsschutzes erschwert dabei eine zentrale Steuerung. Aktiv werden darf der Verfassungsschutz *de jure* erst, wenn so genannte tatsächliche Anhaltspunkte für einen Verdacht auf verfassungs- oder sicherheitsgefährdende Aktivitäten in Deutschland vorliegen.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich, so die weitere Analyse Dauns, die Anforderungen, Aufgaben

und Einsatzgebiete der Geheimdienste in Deutschland erheblich und nachhaltig verändert. Durch das Phänomen der Transnationalisierung entsteht eine zunehmende Verschränkung von Polizei und Nachrichtendiensten. Ebenso verschwimmt die Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend; dies macht sich auch in den Arbeitsweisen der Geheimdienste bemerkbar. Aus diesen Beobachtungen zieht Daun die Schlussfolgerung, dass es zu einer verstärkten Internationalisierung von Aufklärung und geheimdienstlicher Tätigkeit kommen wird.

Im Weiteren geht die Autorin auf die innerstaatlichen Faktoren ein, die die Entstehung der deutschen Geheimdienste beeinflusst haben. Die demokratische Kontrolle der Geheimdienste in Deutschland und ihre Beobachtung durch die mediale Öffentlichkeit ist traditionell hoch. Abschließend stellt die Autorin anschaulich, aber etwas knapp entscheidende Entwicklungen des internationalen Systems der letzten Jahrzehnte dar und beleuchtet, inwiefern diese Umwälzungen die deutschen Geheimdienste beeinflusst haben.

Im zweitem Teil des Sammelbandes widmet sich Martin Scheren dem Thema „Vernetzte Sicherheit – Zusammenarbeit der Inlandsnachrichten- und Sicherheitsdienste in Europa“. Der Autor stellt zu Beginn seines Beitrags klar, dass in den Verträgen der Europäischen Union eine Zusammenarbeit der Geheim- und Informationsdienste nicht vorgesehen ist – im Gegensatz zur bereits lange etablierten und zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf polizeilicher Ebene. Gleichwohl ist ein vor allem operativ-fallbezogener Austausch zwischen den europäischen Diensten nicht selten. Dabei spielen persönliche Kontakte zwischen Geheimdienstbeamten eine ausschlaggebende Rolle. Terrorismus wird in den Diensten häufig als gesamteuropäisches Problem wahrgenommen, was die Kooperation befördert. Nach den Terroranschlägen in London und Madrid aber auch in Moskau intensivierte sich die Zusammenarbeit, auch mit Diensten aus Nicht-EU-Staaten. Die Möglichkeit zur Institutionalisierung entsprechender Strukturen wurden durch den Vertrag von Lissabon verstärkt. Den europäischen Nachrichtendiensten kommt bei der Terrorismusbekämpfung

eine bedeutende Rolle zu. So ist im EU-Lagezentrum eine nachrichtendienstliche Stelle integriert. Solche formellen Strukturen sind bislang jedoch die Ausnahme: „Informelle Kooperation, basierend auf der jeweiligen nationalen Rechtsgrundlage“ (S. 172) bleibt der dominante Modus der Zusammenarbeit.

Nach einer kurzen Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Austausch nachrichtendienstlicher Informationen aus deutscher Rechtsperspektive geht Scheren zu einer Analyse der Kooperationsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Aufgabenverteilung innerhalb der deutschen Nachrichtendienste über. Dabei stellt er fest, dass eine Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten *de jure* lediglich dem Verfassungsschutz erlaubt ist. Er stellt aber ebenfalls heraus, dass in zahlreichen Ausnahmefällen auch andere geheimdienstliche Organe Kooperationen eingehen können. Laut Scheren haben sich unter den Sicherheitsdiensten in Europa „funktionierende bilaterale und multilaterale Informationsnetzwerke entwickelt“ (S. 174). Die Zusammenarbeit ist allerdings im Gegensatz zu z.B. institutionalisierter Zusammenarbeit, wie die der europäischen Polizei, meist operativ und fallbezogen.

Im Fazit macht Scheren deutlich, dass alle bisherigen Versuche die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu institutionalisieren, etwa durch die Etablierung einer European Intelligence Agency (Vorschlag einer österreichisch-belgischen Initiative) oder einer Informationsübermittlungsverpflichtung (wie von der EU-Kommission gefordert) gescheitert sind, sie erwiesen sich schlichtweg nicht als mehrheitlichfähig. Der Autor schätzt allerdings den Mehrwert einer gemeinsamen institutionalisierten nachrichtendienstlichen Einrichtung als eher gering ein. Trotzdem fordert er die Intensivierung der Zusammenarbeit und den Ausbau von Netzwerken, um weitere Verbesserungen beim Schutz des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu erreichen. Dazu fordert er z.B. ein gemeinsames Informationssystem. Auch die zunehmende Nachfrage nach geheimdienstlichen Informationen durch EU-Organen wird nach Ansicht des Autors zwangsläufig zu einer engeren Zusammenarbeit

der europäischen Geheimdienste führen. Abschließend legt Scheren einen 10-Punkte-Plan mit Empfehlungen für eine verbesserte Zusammenarbeit der europäischen Dienste vor. Der Beitrag zeigt analytisch präzise die bisherigen Kooperationsmuster auf und ordnet diese ein. Darüber hinaus werden anschaulich weitere Potenziale und Möglichkeiten für intensivere Zusammenarbeit der Inlandsdienste aufgezeigt. Bedauerlich ist, dass weder auf Kooperationsstrukturen von militärischen Geheimdiensten noch auf jene von Auslandsgeheimdiensten eingegangen wird.

Für den dritten Teil hat Hans J. Vorbeck einen Beitrag mit dem Titel „Neue Aufgaben, neue Strukturen? Herausforderungen für Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden in Europa“ verfasst. Zu Beginn schildert Vorbeck die neuen Herausforderungen für die europäischen Nachrichtendienste. Für ihn stellt der islamistisch motivierte Terrorismus die größte Bedrohung dar, und bedeutet somit auch die größte Herausforderung für die Geheimdienste. Vorbeck stellt klar, dass geheimdienstliche Bestrebungen allein auf nationaler Ebene gegen die zuvor genannten Herausforderungen nicht ausreichen. Seiner Meinung nach kann nur eine vertrauliche Zusammenarbeit zwischen den Diensten zum Erfolg führen. Ebenso wird aber auch betont, dass internationale Zusammenarbeit kein Ersatz für nationale Anstrengungen sein darf (S. 297).

Im Folgenden widmet sich der Autor verstärkt der Anpassung der deutschen Sicherheitsorgane an die neuen Herausforderungen. Nur kurz wird abschließend noch auf ähnliche Entwicklungen in anderen europäischen Staaten eingegangen. An dieser Stelle hätte man sich ein methodisch-strukturierteres Vorgehen der Analyse durch z.B. eine Vergleichsstudie gewünscht. Auch die Darstellung der Anpassungsprozesse in den deutschen Geheimdiensten ist eher knapp gehalten. Im vierten Teil seines Beitrags widmet sich Vorbeck der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit in Europa. Ähnlich wie zuvor Scheren stellt der Autor fest, dass bereits seit geraumer Zeit Formen der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Geheimdiensten existieren. Im Gegensatz zu Scheren bindet Vorbeck die Kooperation der

Auslandsdienste in seine Analyse mit ein. Hier wird dargestellt, wie durch die Einrichtung des Joint Situation Centre (SITCEN) im Jahr 2001 bereits eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit auf EU-Ebene etabliert worden ist und wie diese in der Praxis aussieht. Er stellt fest, dass „sich innerhalb der EU inzwischen auch für die Nachrichtendienste funktionsfähige Kooperationsstrukturen entwickelt haben“ (S. 302). Perspektiven sieht der Autor weniger in der Errichtung eines neuen, gemeinsamen europäischen Nachrichtendienstes, als vielmehr in einer Weiterentwicklung der bereits bestehenden Kooperationsformen.

Das Buch leistet einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der Zusammenarbeit europäischer Geheimdienste und ist gut als Einstieg in die spannende Thematik geeignet.

Ilyas Saliba

**Carolin Goerzig, Talking to Terrorists. Concessions and the renunciation of violence, London/New York (Routledge), 2010.**

„Talking to terrorists remains a taboo“ (p. 125). Carolin Goerzig breaks this unwritten rule because she believes in the power of knowledge. Her findings – “shaking terrorists loose of terrorism does require negotiation” – legitimize this behavior, if we concur with her results.

She questions the no-concessions doctrine, which is based on the assumption that giving in to force necessarily results in terrorist contagion, teaching other groups that violence does pay off. Goerzig’s goal is to analyse whether conceding indeed serves to radicalize other terrorists and if so under which circumstances.

Painting a faceted picture of the motivation of copycat behavior, she concludes two main correlations. The first states: “Selective concessions to terrorist groups led other groups to innovate goals and means respectively, while collective concessions to terrorist groups led other groups to copy means and goals” (p. 114). The very significant difference to other terrorist studies is the view that there are important nuances in concessions. There are different

ways a state actor can concede to his adversary, with an enormous impact on the perception by other terrorist groups of such a deal. *Selective* concessions are seen as a failure, since they only better the situation of the terrorist group’s members. Logically, other terrorist groups will avoid this failure and innovate. *Collective* concessions, on the other hand, are seen as advancing political goals of the group, which would therefore lead to other groups copying, what they believe brought about these concessions.

Her second conclusion states: “While groups with similar motivations radicalize as a result of selective concessions [...] and de-radicalize as a result of collective concessions to their fellow groups, groups with competing motivations de-radicalize as a result of selective concessions [...] and radicalize as a result of collective concessions to their competitors” (p. 115). The perceived rewarded behavior depends on the relationship between the group receiving concessions and the thereby effected group. Terrorists with similar motivations will perceive the denunciation of violence as the rewarded behavior, since they can better identify with this group and therefore see the *change* of behavior to produce results. Terrorist groups with competing motivations will try to copy the general behavior – violence – of their successful adversary as they cannot clearly distinguish what brought about the concessions. This argument is remarkably weak, which I shall comment on later.

Goerzig’s two far-reaching conclusions are based on field research in Columbia, Egypt, Palestine and Turkey. She thereby covers a variety of regional, social and motivational factors, trying to aggregate them into a universal theory on the handling of terrorist groups. These case studies are well chosen with regard to theoretical assumptions, as they describe two cases of similarly motivated terrorist groups and two with competing motivations. Each group includes one case of selective concession and one of collective concession. Each single study is based on profound field research, interviewing members of the examined groups, and Goerzig also offers the reader elaborate background information on conflict origins. She analyzes in detail

why concessions to a terrorist group were made in the first place and which factors contributed to the change of means and ends in related groups afterwards.

Her results lead her to suggest a radical rethinking of the no-concessions doctrine. In her example of the Colombian groups she shows that combating war profiteers with war is simply paradoxical and counterproductive. In other cases, for example the Palestinian conflict or in Afghanistan, American policy often followed a divide-and-conquer approach. This leads to the radicalization of marginalized groups, turning them into adversaries of their former comrades. Based on Goerzig's conclusions, future collective concessions to the moderate block will promote a radicalization in methods by the marginalized group as they now have competing motivations. Conceding therefore does not always lead to copycat behavior, the author concludes, and when it does, it is not necessarily terrorism that is copied.

Due to the no-concessions doctrine and the taboo of talking to terrorists, the issue of negotiated terrorist policy is rarely found in research. Goerzig's contribution to filling this gap is very informative and will help evoke a scientific debate that is long overdue.

Her two main conclusions are still problematic though. The study being based on only four cases, it is far too early to claim a deterministic connection. This problem is compounded by single statements (i.e. selective concessions lead to innovative radicalization of other terrorist groups with similar motivations) being based on only two case studies or just one. Surely, this is not unusual for a qualitative analysis, but qualitative analyses are then also distinguished by describing the correlation between the cause and effect in an almost excruciating detail. The stated direct connections between behaviors of different groups in these cases are often simply assumed, without illustrating possible alternative causes or at least interceding effects. Most notably, a direct correlation can be seriously doubted in claims that concessions to Jama'ah Islamiya in Egypt have provoked the de-radicalization of Egyptian Jihad seven to ten years later! During this long time period anything could have caused the change of mind.

Looking at completely different cases, from the religiously motivated Egyptian Jihad to the secessionist PKK all the way to largely economically motivated paramilitaries in Columbia, Goerzig's general conclusions seem to be oversimplified. Why should every terrorist group see selective concessions as a failure? Why do similarly motivated groups see de-radicalization as rewarded behavior, while groups with competing motivations in the same case see radicalization as rewarded behavior? I believe, the question whether concessions are seen as rewarding or not depends on whether the group perceives these concessions as advancing their aims or not. Therefore, both selective *and* collective concessions can lead to copying or innovating behavior. Furthermore, whether violence or the renunciation of violence is perceived as the rewarded behavior cannot simply be explained by the congruence or incongruence of groups' motivations.

Goerzig oversimplifies the measure of perception. But as a long overdue breakthrough in terrorism research, she changes the usual approach of a black-box, rational choice analysis of contagion effects into a rational choice theory that is not based on pragmatic gain and loss calculations but on the perceptions of terrorist actors.

Tim Glawion

# Managing Migration



## Europäische Migrationspolitik und Raumproduktion

Internationale Regierungsorganisationen im Management von Migration in Albanien, Bosnien-Herzegowina und der Ukraine

Von Martin Geiger

2011, 333 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8329-6574-7

[nomos-shop.de/13579](http://nomos-shop.de/13579)

Der Band liefert eine detaillierte Analyse migrationsbezogener Aktivitäten internationaler Regierungsorganisationen außerhalb der Grenzen der Europäischen Union. Untersucht wird, welchen Beitrag die Organisationen ICMPD, IOM, OSCE und UNHCR zur Steuerung und zum Management von Migration in Albanien, Bosnien-Herzegowina und der Ukraine leisten.



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)